Spannungen wegen Strommarkt

Nicht alle SP-Energiepolitiker folgen der gewerkschaftlichen Fundamentalopposition

Doris Leuthard Pläne für die Strommarktöffnung stehen in der Kritik. Der politische Abstieg von 2002 droht sich zu wiederholen: Ein Referendum der Gewerkschaften liegt in der Luft.

Teuer und unfair

Komitee gegen CVP-Familieninitiative

Für Politiker von fünf Parteien – alle selbst Eltern – verfehlt die CVP-Familieninitiative ihr Ziel. Sie entlaste nur Familien, die es nicht nötig hätten.

For. Bern · Die Botschaft des Nein-Komitees war klar: Man kann Kinder haben und trotzdem gegen die Familieninitiative der CVP sein. Diese möchte die Kinder- und Ausbildungszulagen von den Steuern befreien. Die sieben Mütter und Väter aus den fünf Parteien SP, Grüne, BDP, GLP und FDP wollten ihr Votum indes nicht grundsätzlich gegen die Förderung von Familien verstanden wissen. Die Initiative sei aber der falsche Weg, sagten sie am Donnerstag vor den Medien.

CVP-FAMILIENINITIATIVE

Eidgenössische Volksabstimmung
vom 8. März 2015

Die Falschen profitieren

Laut Andrea Caroni (fdp., Appenzell Ausserrhoden) widerspricht die Vorlage einem Grundpfeiler des Schweizer Steuersystems: die Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Weil Kinder- und Ausbildungszulagen die Leistungsfähigkeit von Familien erhöhten, sei es legitim, darauf Steuern zu erheben. Es gibt laut Caroni Ausnahmen. Dazu zählten die Ergänzungsleistungen zu IV oder AHV oder die Sozialhilfe, die nach tatsächlichem Bedarf ausgerichtet würden. Würde hier besteuert, würde der Staat mit der einen Hand nehmen, was er mit der anderen mit Blick auf die Existenzsicherung gleich wieder geben müsste.

Die CVP scheine die Familien zu lieben, aber nicht alle mit der gleichen Intensität, sagte SP-Nationalrätin Rebecca Ruiz. Mit der Initiative würde eine Familie mit einem jährlichen Einkommen von 250 000 Franken in Ruiz' Wohnort Lausanne Steuerersparnisse von 2478 Franken erzielen. Bei einem Einkommen von 120 000 sind es 1372 Franken und bei 50 000 noch 314 Franken. Das Fazit der SP-Politikerin: Jene Familien, die es am wenigsten benötigen, profitieren am meisten. Es handle sich um ein teures, unzweckmässiges Giesskannenprinzip, sagte Aline Trede (gp., Bern). Die Initiative führt zu jährlichen Steuerausfällen von rund einer Milliarde Franken, wovon rund 760 Millionen bei den Kantonen.

Sparpakete treffen Familien

Weil die Finanzen vieler Kantone bereits heute nicht mehr rosig sind, rechnen die Gegner mit weiteren Sparpaketen aufgrund der Steuerausfälle. Von solchen Sparmassnahmen seien speziell jene Familien betroffen, die es finanziell heute schon schwer haben, sagte Nadine Masshardt (sp., Bern). Es sei beispielsweise mit steigenden Badi-Eintritten sowie teureren Gebühren für Bibliotheken und Musikschulen zu rechnen.

Im Kanton Aargau käme es laut dem dortigen Finanzdirektor zu einem Ausfall von rund 60 Millionen Franken. Angesichts des harten Ringens um das derzeitige Sparpaket von 17 Millionen Franken seien die hitzigen Diskussionen bei einer Neuauflage mit grösserem Betrag nicht auszudenken, sagte BDP-Nationalrat Bernhard Guhl.

Weitere Votanten betonten, dass Familien bereits heute finanziell entlastet würden. Dazu zählten Kinderabzüge, Abzüge für Fremdbetreuung, Familienzulagen und Sozialtarife.

SCHWEIZER MEDIEN

«Bäckereien der Demokratie»

Neu

NZZ Libro